

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

27.8.1925 (No. 197)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14.
Verantwortl.
Nr. 953
und 954
Postkonto
Karlsruhe
Nr. 3815

Verantwortl.
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.
E. K. Seyfried
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.—, vierteljährlich 8.—, halbjährlich 15.—, jährlich 30.—, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Groschen. — Samstags 15 Groschen. — Anzeigengebühr 12 Groschen für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite, diese und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Rabatrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Inanspruchnahme von Konten und sonstigen Fällen der Rechtsschutz durch den Staatsanzeiger, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Deutsche Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die französische Antwort

Sundstift eine Konferenz der Regierungsjuristen

Die nun veröffentlichte Antwort Frankreichs in der Sicherheitsfrage, in der Form höflich und nicht mehr so stark wie die früheren Antworten, läßt in der Sache selbst kaum einen allgütigen Fortschritt erkennen, was auch in dem an anderer Stelle wiedergegebenen Kommentar des deutschen Außenministeriums zum Ausdruck kommt. Zunächst teilt die Note theoretisch für die Dauer der Friedensverträge ein. Dann wird der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verlangt und erklärt, daß Deutschland nur dort, also innerhalb des Bundes, seine Vorbehalte gegen dessen jetzige Satzung vertreten könne, da Frankreich nicht imstande sei, namens des Völkerbundes zu sprechen. Die deutschen Bedenken gegen den Artikel 16 der Satzung werden dadurch natürlich nicht beseitigt, und Deutschland wird wohl zum mindesten Erklärungen der einzelnen Völkerbundsmächte darüber verlangen müssen. Rhetorisch wirkt auch lediglich die französische Erklärung zur allgemeinen Abrüstung, worin es heißt, daß gerade das Fehlen der Sicherheit hier einen Fortschritt verbietet habe. Was die künftigen Schiedsverträge anlangt, so sieht Frankreich die Forderung nicht zurück, Garant der von Deutschland mit seinen östlichen Nachbarn abzuführenden Verträge zu werden, doch soll im Streitfall die Unparteilichkeit der Entscheidungen gesichert werden.

Das wichtigste ist die Einladung zu mündlichen Besprechungen, wobei der französische Botschafter anregt, zunächst eine Konferenz von Regierungsjuristen zu veranstalten, auf der Deutschland, Frankreich, England und Belgien vertreten sein sollen. Nach diesen Vorbereitungen sollen erst die Außenminister zusammenkommen. Deutschland hat bereits geantwortet, die Einladung zur Konferenz angenommen und den Ministerialdirektor Gauß, den Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, beauftragt, Deutschland auf der Konferenz, die in London stattfindet und am nächsten Montag beginnt, zu vertreten. Über die Besprechung der Außenminister hat man sich in Berlin zunächst eine Meinung vorbehalten. Herr Gauß soll erst in London verhandeln und darüber berichten. Wichtige weitere Entscheidungen werden in der aller nächsten Zeit nicht erwartet. Der Reichskanzler Luther tritt deshalb heute einen vierwöchigen Urlaub an.

Der Inhalt der Antwort

Die dem Reichsaussenminister von dem französischen Botschafter am Montag überreichte Note besagt u. a., nachdem sie von der Abereinbarung der beiden Regierungen gesprochen hat, die in gleicher Weise bestrebt seien, den Frieden Europas auf eine Verständigung gestützt zu sehen: Die französische Regierung sieht mit Genugtuung, daß die deutsche Regierung nach aufmerksamer Prüfung der französischen Note vom 16. Juni ihrer Überzeugung Ausdruck gibt, daß eine Einigung möglich ist. In dem Wunsche, die Stunde der Einigung nicht hinauszuschieben, wird sich die französische Regierung auf die Darlegung derjenigen Bemerkungen beschränken, zu denen sie in Abereinbarung mit ihren Alliierten durch die Prüfung der drei wesentlichen Punkte der deutschen Note veranlaßt wird.

Die drei wesentlichen Punkte

1. Mit Befriedigung hat die französische Regierung festgestellt, daß die deutsche Regierung nicht beabsichtigt, den Abschluß eines Sicherheitspactes von einer Änderung der Bestimmungen des Friedensvertrages abhängig zu machen. Jedoch lenkt die deutsche Regierung die Aufmerksamkeit zweimal darauf, daß die Möglichkeit gegeben sei, die bestehenden Verträge auf dem Wege der Vereinbarung neuer Bestimmungen anzupassen, wobei sie auch auf gewisse Bestimmungen der Völkerbundsatzung hinweist. Ebenso bringt sie den Gedanken einer Änderung des Disputationsregimes in den Rheinländern in Anregung.

Frankreich erinnert daran, daß diese Satzung in erster Linie auf der gewissenhaften Achtung vor den Verträgen beruht, die die Grundlage dieses öffentlichen Rechts Europas bilden.

In Abereinbarung mit ihren Alliierten ist die französische Regierung der Ansicht, daß weder der Friedensvertrag noch die Rechte, die nach diesem Vertrage Deutschland und den Alliierten zustehen, beeinträchtigt werden dürfen.

Wenn die Note vom 16. Juni hervorgehoben hat, daß der Sicherheitspact weder die Bestimmungen des Vertrages über die Befreiung des linken Rheinufers noch die Erfüllung der in dieser Hinsicht im Rheinlandabkommen festgesetzten Bedingungen berühren darf, so besagt das, daß Frankreich, so sehr es auch bereit ist, die schwebenden Verhandlungen in liberalen Geiste und mit friedlichen Absichten fortzusetzen, nicht auf seine Rechte verzichten kann.

2. Die Alliierten sind noch wie vor überzeugt, daß die Zugehörigkeit zum Völkerbund für Deutschland, nachdem es seinen Eintritt vollzogen hat, das sicherste Mittel sein würde, um seine Wünsche zur Geltung zu bringen, so wie dies andere Staaten ihrerseits getan haben. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist die einzige dauerhafte Grundlage einer gegenseitigen Garantie und eines europäischen Abkommens.

In der Tat kann ein Staat Vorbehalte nicht von außen her wirksam zum Ausdruck bringen, da sie dadurch einen Charakter von Bedingungen annehmen würden. Erst innerhalb des Bundes kann er seine Wünsche dem Rat unterbreiten, indem er von einem Recht Gebrauch macht, das allen dem Bunde angehörenden Staaten zusteht. Aus diesem Grunde haben wir mit Bedauern die Vorbehalte der deutschen Note gelesen, wonach die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund noch der Klärung bedürfte, da das Schreiben des Völkerbundes vom 13. März 1925 nach Ansicht der deutschen Regierung ihre Bedenken nicht ausgeräumt hat.

3. Die deutsche Regierung hat hinsichtlich der Art und der Tragweite der Schiedsverträge, die zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien als Signatarmächten des Hauptpactes sowie den anderen, Deutschland benachbarten Signatarmächten des Versailler Vertrages andererseits abzuschließen sein würden, Vorbehalte gemacht, die den obligatorischen Charakter dieser Schiedsverträge nach dem Muster der von Deutschland bereits mit einigen seiner Nachbarn abgeschlossenen Schiedsverträge einschränken würden.

Nach Ansicht der Alliierten wäre ein auf diese Weise eingeschränkter Schiedsvertrag, der sich nicht auf alle Streitigkeiten zwischen den einander benachbarten Ländern erstreckt, als Friedensgarantie ohne hinreichenden Wert, da er für Kriegsgefahren Raum lassen würde. Was wir vor allem wollen, ist das, daß unter den in der Note vom 16. Juni angegebenen Voraussetzungen jede neue Anwendung von Gewalt durch eine für alle Fälle obligatorische friedliche Regelung unmöglich gemacht wird. Der Grundgedanke eines derartigen Schiedsvertrags ist nach unserer Ansicht die unerlässliche Bedingung für einen Pakt, wie ihn die deutsche Regierung in ihrer Note vom 9. Februar vorgeschlagen hat.

Die von der deutschen Regierung hinsichtlich der Garantie eines Schiedsvertrages hervorgehobenen Befürchtungen können einer objektiven Prüfung nicht standhalten. Es erscheint nicht unmöglich, Bestimmungen zu formulieren, die das Funktionieren der Garantie, — gleichviel wer der Garant ist und gleichviel, ob sich die Garantie auf die Grenze oder auf die Schiedsverträge bezieht — dem Grad der Beteiligung, den Umständen des Falles und dem durch die Anwendung der Garantie erforderten Grad der Schnelligkeit anpaßt. In diesem Sinne könnte man unteruchen, ob es nicht möglich wäre, Mittel und Wege in Aussicht zu nehmen, um die Unparteilichkeit der Entscheidungen sicherzustellen, ohne der Unmittelbarkeit und der Wirksamkeit der Garantie zu schaden.

Die Schlussfolgerung

Zusammenfassend kann die französische Regierung gegenüber den drei wesentlichen Punkten der deutschen Note vom 20. Juli 1925 in Abereinbarung mit den Alliierten nur ihre vorstehenden Bemerkungen über die Notwendigkeit einer gewissenhaften Achtung vor den Verträgen bestätigen. Sie gibt sich der Hoffnung hin, daß die in Aussicht genommenen Garantien in Formeln gebracht werden können, die eine Gewähr bieten, um zugleich eine willkürliche und ungerechtfertigte Auslegung und Anwendung auszuschließen.

Die französische Regierung ist sich in Abereinbarung mit ihren Alliierten der Schwierigkeiten und der Verzögerung bewußt, die die Fortsetzung einer Verhandlung über so delikate Fragen auf dem Wege des Notenwechsels mit sich bringt. Nach diesen in Aufrichtigkeit dargelegten vorbereitenden Ausführungen, die zur Vermeidung jeden Mißverständnisses bestimmt sind, läßt die französische Regierung in Abereinbarung mit ihren Alliierten die deutsche Regierung ein, auf diesen Grundlagen in eine Verhandlung einzutreten mit dem Willen, zu einem Vertrage zu gelangen, dessen Abschluß Frankreich zu seinem Teile lebhaft wünscht.

Ergänzende Erklärungen des französischen Botschafters

Wie W.B. erzählt, hat der französische Botschafter die Übergabe der Antwortnote in der Sicherheitsfrage durch die beiden folgenden Erklärungen ergänzt, die durch gleichlautende Erklärungen des englischen Botschafters und des belgischen Botschafters bestätigt wurden:

1. Frankreich und seine Alliierten würden es für zweckmäßig halten, wenn juristische Sachverständige der Außenministerien von Deutschland, Belgien, Frankreich und Großbritannien sobald als möglich zusammentreten, um den Vertretern des deutschen Reiches die Möglichkeiten zu geben, die Ansichten der alliierten Regierungen über die juristische und technische Seite der zur Erörterung stehenden Fragen kennen zu lernen.

2. Nachdem diese Vorarbeit erledigt ist, könnten die Außenminister Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und Großbritanniens eine Zusammenkunft verabreden, von der die alliierten Mächte eine Bescheinigung der endgültigen Lösung der vorliegenden Fragen erbitten.

Die Auffassung in Berlin

Von maßgebender Stelle erhält das W.B. zu der Antwortnote eine Erklärung, in der es unter anderem heißt:

Die deutsche Regierung teilt die am Schluß der französischen Note vertretene Auffassung, daß es nicht zweckmäßig sei, den Notenwechsel fortzusetzen. Die deutsche Regierung sieht daher vorläufig davon ab, den in der deutschen Note vom 20. Juli dargelegten Standpunkt noch weiter zu erläutern. Hervorgehoben werden muß jedoch, daß die in der französischen Note vertretene Auffassung, als wenn die deutsche Note vom 20. Juli alle grundlegenden Fragen bereits eingehend behandelt hätte, nicht zutreffend ist. Auch bei den nicht erörterten Einzelfragen handelt es sich teilweise um Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung und nicht um Nebenfragen. Die französische Antwortnote vom 10. Juni hat zwar die deutschen Vorschläge wiederholt, doch nicht erkennen lassen, welche der

verschiedenen Lösungsmöglichkeiten bei den Alliierten ihrer Anschauung entsprechend in Frage komme. Hiermit hängt auch die von alliierter Seite der deutschen Regierung übermittelte Anregung zusammen, einen Rechtsfachverständigen zu informatorischen Zwecken zu entsenden, mit dem insbesondere die Anschauung der Alliierten über den Garantievertrag zu besprechen wäre, um für etwaige spätere mündliche Verhandlungen die Möglichkeit zu haben, diese Informationen als Grundlage für ihre eigene Stellungnahme zu verwenden.

Was die französische Note im allgemeinen anbetrifft, so darf man sagen, daß die darin vertretene Anschauung in einer weniger klaren Form zum Ausdruck kommt, als es in der ersten französischen Note der Fall war. Inwiefern die Note sachliche Annäherungen an den Standpunkt der deutschen Note vom 20. Juli zum Ausdruck bringt, ist bei dem ersten Studium schwer zu erkennen, da ihre einzelnen Wendungen zweideutig und auslegungsfähig sind und sowohl einer optimistischen wie einer pessimistischen Auslegung nach dieser Richtung hin Raum geben.

Auf zwei Punkte der künftigen Erörterungen sei aber in diesem Zusammenhang bereits heute hingewiesen. Die französische Note erklärt Deutschlands Eintritt in den Völkerbund erneut als die Grundlage jeden Sicherheitspactes. Sie nimmt auch Stellung zu der von Deutschland angeregten Idee der allgemeinen Abrüstung und bekennet sich erneut zu dieser tragenden Idee des Völkerbundes. Deutscherseits kann nicht anerkannt werden, daß Deutschlands bisherige Nichtzugehörigkeit zum Völkerbund einen Grund gegeben hätte, die allgemeine Abrüstung nicht vorzunehmen, zumal Deutschland schon in Versailles das Ersuchen gestellt hat, dem Völkerbund beizutreten, ein Ersuchen, das damals von den alliierten Mächten abgelehnt worden ist, womit sich die Alliierten also nach ihrer eigenen Ansicht selbst der Grundlage beraubten, durch die Zugehörigkeit Deutschlands die Idee der allgemeinen Abrüstung praktisch durchzuführen. Grundätzlich darf aber festgestellt werden, daß die Alliierten für den Fall der Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund die Frage der allgemeinen Abrüstung als nunmehr aktuelle Aufgabe des Völkerbundes anerkennen.

Die französische Note verweist Deutschland bezüglich der von ihm wegen seines Eintritts in den Völkerbund gemachten Vorbehalte an den Völkerbund selbst und nimmt Bezug auf den in dieser Frage stattgefundenen Schriftwechsel zwischen den Völkerbundinstanzen und Deutschland. Formal ist es gewiß richtig, daß diese Frage noch zwischen dem Völkerbund und Deutschland gelöst werden muß. Aber Frankreich und seine Alliierten verfügen über einen entscheidenden Einfluß im Völkerbund. Deutschland fordert seine Sonderrechte für sich, sondern wünscht, daß für alle Völker, die in der gleichen Lage sind wie Deutschland, der Gesichtspunkt ihrer allgemeinen Entwaffnung oder der Gesichtspunkt der geographischen und wirtschaftlichen Lage bei der Frage der Völkerbundeszugehörigkeit entscheidend berücksichtigt wird. Deutschland hat nicht die Absicht, die formalen Bestimmungen des Völkerbundes zu verletzen, nach denen der Eintritt jeder Nation ohne Bedingungen erfolgen muß. Aber ebenso wie die im Völkerbundsrat vertretenen Mächte sich bereit erklärt haben, für den Fall des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund für seine Vertretung im Völkerbundsrat und Sekretariat einzutreten, ist es auch in ihrer Macht, sich dafür verbindlich zu machen, daß die für Deutschland im Art. 16 der Völkerbundsatzung liegenden Bedenken weggeräumt werden. Daß der Versuch einer ungleichen Behandlung der im Kriegsunterlegenen Staaten, wie er sich beispielsweise in der vorbereiteten Regelung der Investitionsfrage bemerkbar macht, nicht aufrecht zu erhalten ist, darf als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Ebenso darf in diesem Zusammenhang noch einmal verwiesen werden auf die von seiner Seite zurückgewiesenen Erklärungen, die Deutschland in seinem Memorandum vom September vorigen Jahres bezüglich der Zurückweisung irgendeiner deutschseits auszusprechenden Anerkennung einer moralischen Schuld ausgesprochen hat, sowie auf die weitere Erklärung, daß Deutschland zu den kolonialen Mandaten in derselben Weise zugelassen werden müßte, wie andere Nationen, die dieses Recht für sich in Anspruch genommen haben.

Die Verhandlungen über das Zustandekommen eines Sicherheitspactes stehen unter dem Gesichtspunkte der Verständigung und Verständigung und der daraus sich ergebenden Befriedigung der Verhältnisse in Europa. Daß damit eine weitere Aufrechterhaltung der nach deutscher Ansicht vertragswidrig besetzten ersten rheinischen Zone nicht vereinbar ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Deutschland hat seinerseits alles getan, um den in den bestehenden Verträgen niedergelegten Entwaffnungsbedingungen der Alliierten zu entsprechen. Niemals ist in der Weltgeschichte die Abrüstung eines Volkes weiter durchgeführt worden, als es gegenüber Deutschland und durch die deutsche Erfüllung des Vertrages geschehen ist, so schwer sie für das deutsche Volk seelisch und materiell war. Die wenigen Restpunkte, die in dieser Frage noch bestehen, dürfen nicht Anlaß dazu sein, die nördliche Rheinlandzone noch weiter besetzt zu halten. Von Seiten der Alliierten wie von deutscher Seite wird Wert darauf gelegt, das Zustandekommen eines auf wahrer Gegenseitigkeit beruhenden Sicherheitspactes herbeizuführen. Daß ein Zustandekommen dieses Pactes nicht möglich ist, wenn diese Frage nicht gleichzeitig damit gelöst wird, ist von maßgebender deutscher Seite wiederholt und in nicht mißzuverstehender Weise zum Ausdruck gebracht worden. Je früher dieses Hindernis einer endgültigen Verständigung beseitigt ist, um so eher wird auch diejenige Einstellung des deutschen Volkes gewonnen werden können, die die notwendige Voraussetzung dafür ist, daß die Bemühungen der deutschen Reichsregierung in dieser Frage auch von dem Willen der

Mit der Beilage: 47. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes getragen werden.

Berliner Pressestimmen

Die „Arbeitszeitung“ betont, daß die französische Note so ziemlich alle jene Einwendungen und Bedenken, welche die deutsche Note zum Ausdruck gebracht habe, unberücksichtigt läßt, oder sie umgeht. — Auch die „Deutsche Tageszeitung“ unterstreicht, daß den deutschen Vorbehalten, wie sie in der Note vom 20. Juli mit Zustimmung der großen Mehrheit des Reichstages niedergelegt worden seien, in keinem Punkte durch die Briandnote wirklich Rechnung getragen werde. Es sei sachlich auch vollständig unrichtig, wenn die französische Note auch zu Beginn eine Übereinstimmung der Anschauungen zwischen den beiden Regierungen feststellen versucht. Tatsächlich stehe heute noch Note gegen Note. — Das „Berl. Tageblatt“ schreibt: Die englische Regierung hat vor einigen Tagen in einem ganz ungewöhnlichen Apell die deutsche öffentliche Meinung aufgefordert, die französische Antwortnote mit Wohlwollen zu prüfen. Auf deutscher Seite werde es am guten Willen nicht fehlen. Aber guter Wille auf unserer Seite genügt nicht, um die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die diese Note noch nicht beseitigt. — Die „Voss. Zeitung“ begrüßt in einer kurzen reaktionellen Bemerkung, daß Briand mit dieser Note der schließlichen Diskussion einen Abschluß gibt und daß endlich mündliche Verhandlungen an die Stelle der schriftlichen treten. — Auch der „Vorwärts“ gibt einen kurzen Kommentar, in welchem er sich für den Eintritt in den Völkerbund einsetzt und erklärt, für die Sozialdemokraten sei die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland und die Herstellung eines dauerhaften Friedens der entscheidende Punkt der europäischen Politik.

Die Pariser Presse zur französischen Note

Bertinax ist im „Echo de Paris“ darüber erstaunt, daß die Dinge plötzlich so große Eile haben. Frankreich nehme alles in allem den Grundgedanken der deutschen These an. Nur für einige besonders flagrante Verletzungen mache Frankreich Vorbehalte. Wir sind auf den Völkerbundspat zurückgekommen, d. h. auf eine Liga von Neutralen, die, um die Dinge beim rechten Namen zu nennen, weder Verpflichtungen noch Sanktionen irgendwelcher Art kennen.

„Figaro“ findet, daß die Note kluge Feinheiten aufweist. Sie vereinigt gleichzeitig den Wunsch nach Verständigung mit vollständiger Aufrechterhaltung der Hauptansprüche.

„Homme Libre“ schreibt: Die Note Frankreichs beweist seinen guten Willen. Dennoch behält sich Frankreich klar sein Recht vor bezüglich der Anwendung der Garantien im Rheinlande, soweit sie der Verfallener Vertrag gewährt. Deutschland kann sich aber sagen, daß de facto in der Folge gewisse militärische Erleichterungen im Rheinlande gewährt werden können.

„Excelsior“ schreibt: Die französische Regierung läßt loyal die deutsche Regierung zur Fortsetzung der Verhandlungen ein. Aber selbstverständlich wenn Deutschland diese Tat nur als ein Mittel ansieht, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen und eine Revision der Verträge zu erreichen, so werden diese Verhandlungen nicht zum Ziele führen.

„Gaulois“ bedauert es, daß man es juristischen Sachverständigen überlassen will, Kategorien von Grenzverletzungen festzusetzen, von denen die einen der Schiedsgerichtsbarkeit unterliegen sollen, während die anderen ein bewaffnetes Eingreifen herbeiführen. Wenn Deutschland Frankreich gegenüber kriegerische Absichten habe, so werde kein Sicherheitspakt, sondern nur die Stärke Frankreichs entscheiden.

Die Arbeitgeberverbände zur Lohnbewegung im Baugewerbe

Der Reichsverband der Bauleitungen, der Zentralverband des Deutschen Bau- und Bauhilfsarbeiterverbandes, der Deutsche Industrie- und Handelsrat, der Deutsche Bauhilfsarbeiter- und Gewerbetreibendenrat, der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, der Reichsverband des Deutschen Handwerks, der Reichsverband der Privatversicherung, der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, der Zentralverein des deutschen Großhandels, die Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels, der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände erlassen eine Kundgebung, in der es heißt:

Die deutschen Bauarbeiterlöhne liegen schon seit längerer Zeit über dem Lohndurchschnitt. Sie bewegen sich zwischen 70 und 95 Pfg. für die ungelernen und etwa 0,80—1,20 Mk. für den gelernten Arbeiter und liegen gegenüber einer Teuerungsziffer von rund 140 Prozent auf der Höhe von 140 bis 180 Prozent der Vorkriegslöhne. Bei Akkordarbeit werden tatsächliche Verdienste bis zu 3 Mk. die Stunde und mehr erzielt. Der Lohn der Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter liegt ausnahmslos über den Löhnen der industriellen Hilfsarbeiter und vielfach sogar über denen der industriellen Facharbeiter. Der Index der Baukosten ist um rund 40 Punkte höher als das allgemeine Preisniveau. In manchen Bezirken, so besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, haben übermäßige Lohnsteigerungen durch den Schlichter dazu geführt, daß die Bauarbeiten stillgelegt werden mußten. Nach Lage der Gesamtwirtschaft wie der Bauwirtschaft im besonderen ist eine weitere Lohnsteigerung unmöglich. Neue Lohnsteigerungen bedeuten die Gefahr des Zusammenbruchs der privaten Bauwirtschaft, der zwei Millionen in der Bauwirtschaft beschäftigte Arbeitnehmer treffen und weit über das Baugewerbe hinausgreifen würde. Lohnsteigerungen im Baugewerbe würden sich sofort auch in Industrie, Handel und Handwerk fortpflanzen und weitere Erhöhungen nach sich ziehen, die ihrerseits wieder neue Lohnforderungen zur Folge hätten. Die Bemühungen der Reichsregierung und der Wirtschaftsverbände, weiteren Preissteigerungen vorzubeugen und eine Preisminde rung zu erreichen, würden von vornherein ergebnis- und aus sichtslos sein.

Generalaussetzung im Baugewerbe. Die am Mittwoch in Berlin abgehaltene außerordentliche Hauptversammlung des Beton- und Tiefbauarbeiterverbandes für Deutschland stellte sich grundsätzlich auf den Boden der Generalaussetzung. Das Präsidium des Verbandes ist ermächtigt, im Einvernehmen mit den beiden übrigen Bauarbeiterverbänden die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Der Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes beschloß, am Mittwoch mit überwältigender Mehrheit, die bei ihm beschäftigten gewerblichen Arbeiter mit Tageslohn des 2. September zur Unterstützung des Arbeitskampfes im Hochbau zu entlassen.

Noch keine Aufhebung des Aus- und Einfuhrkommissariats. Berliner Abendblätter brachten die Nachricht, daß zum 1. Oktober das Reichskommissariat für die Aus- und Einfuhrbewilligung in Liquidation trete und daß mit dem gleichen Zeitpunkt die Ein- und Ausfuhrverbote bis auf einen geringen Rest aufgehoben werden. Es trifft zu, daß in Aussicht genommen ist, zahlreiche Einfuhrverbote im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Hauptteils der Zolltarifnovelle aufzuheben; es sind jedoch über den Umfang und den Termin der Aufhebung endgültige Entschlüsse noch nicht getroffen.

Das Problem der Preise

Besprechungen mit dem Einzelhandel.

Nachdem die Reichsregierung mit dem Großhandel Verhandlungen über den Preisabbau geftogen hatte, fanden auf Einladung des Reichswirtschaftsministers ähnliche Verhandlungen mit der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels statt.

Über den Verlauf der Besprechung wird mitgeteilt:

Das Ministerium war u. a. durch Staatssekretär Dr. Trendelenburg, Ministerialdirektor Dr. Schäffer und Geheimrat Flach, der Einzelhandel u. a. durch den Vorsitzenden der Hauptgemeinschaft, Herrn Heinrich Grünfeld, durch Oberregierungsrat Dr. Tiburtius und die Herren Scholler, Direktor Bach und Dr. Deite vertreten. Die Vertreter der Regierung und des Einzelhandels waren sich darüber einig, daß alle an der Wirtschaft beteiligten Behörden und Verbände ihre Kräfte auf das gemeinsame Ziel einstellen müßten, die Beförderung der Verbraucher so billig wie möglich zu gestalten. Die Vertreter des Einzelhandels werden in ihrem Bereich jeder Preispolitik entgegenwirken, die geeignet wäre, die Bemühungen der Reichsregierung auf möglichste Verbilligung der Waren illusorisch zu machen. Die Vertreter des Einzelhandels erklärten ferner ihre Bereitwilligkeit dazu, die Senkung der Umsatzsteuer, die am 1. Oktober erfolgen solle, in den Warenpreisen insoweit zum Ausdruck zu bringen, wie die Preise der künftig von der Industrie zu beziehenden neuen Waren entsprechend den vom Reichsverband der Industrie gefaßten Beschlüssen eine Preisentlastung erfahren würden. Zum Verständnis dieses Zusammenhangs ist zu bedenken, daß der Einzelhandel auch nach dem 1. Oktober noch längere Zeit Waren absetzen muß, die er zu höheren Preisen unter der Geltung des alten Umsatzsteuerfußes gekauft hat. Daß der Einzelhandel die unbedingte Notwendigkeit anerkennt, seine eigenen Aufschläge auf das geringste Maß zu beschränken, ist schon aus seinem eigenem Interesse, einen möglichst hohen Umsatz erzielen zu können, heraus selbstverständlich. Die Vertreter der Regierung erklärten ausdrücklich, daß die Preisfallulation des Einzelhandels grundsätzlich keinen Anlaß zu Beanstandungen biete. Besonders kritische Beachtung werden die Verbände des Einzelhandels der Entwicklung des Kartellwesens zuzuwenden.

Weiter findet am heutigen Donnerstag im Reichswirtschaftsministerium eine Besprechung über die Teuerungsbewegung und die Gegenaktionen der Regierung statt, zu der Delegierte aller gewerkschaftlichen Richtungen und Vertreter der Beamtenverbände eingeladen sind.

Eine englische Stimme zur Wirtschaftslage Deutschlands

Der Berliner Korrespondent der Times beschäftigt sich mit der Ausprägungslage in Deutschland und schreibt bei dieser Gelegenheit: Man scheint entschieden zu haben, daß, was auch geschehen möge, in Deutschland keine Steigerung der Preise eintreten darf. Man muß sich allerdings überlegen, daß die Gefahr besteht, daß eine neuer Circulus vitiosus für Preise und Löhne entstehen könnte, wenn den Arbeitern eine Steigerung der Löhne zugebilligt würde. Die Ursache der jetzigen Schwierigkeiten ist zum Teil noch aus der Inflationszeit her. Weder Käufer noch Verkäufer im Detail haben sich bis jetzt wirklich an den Wert eines stabilisierten Geldes wieder gewöhnt. Der gesamte Verteilungsapparat ist teuer und veraltet. Er wird mit geborgtem Kapital finanziert, das mit Buherginsen bezahlt wird, während der leichten Arbeit gestattet wird, sich selbst durch Belastung der Verbraucher so weit als möglich schallos zu halten. Der herrschende Wirrwarr kann kaum durch eine Kabinettsorder wieder gut gemacht werden, höchstens durch wirklich ernsthafte praktische Maßnahmen.

Politische Neuigkeiten

Dr. Wirth und das Zentrum

Im Anschluß an die Austrittserklärung Dr. Wirths aus dem Zentrum hat der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstages, Vg. Fehrenbach, an die Fraktionsmitglieder und andere prominente Zentrumsführer im Lande ein Schreiben gerichtet, in welchem er u. a. sagt:

„Der tief bedauerliche Schritt des Austrittes Dr. Wirths aus der Zentrumsfraktion war vorauszusehen. Er war von Dr. Wirth im Verlauf des letzten Jahres drei- bis viermal angekündigt worden. Eine so intensive Zusammenarbeit mit der Rechten, wie sie die großen Gesetzgebungswerke erforderten, war für ihn, der von der Rechten so ungerecht und maßlos angegriffen wurde, untragbar. Die Fraktion ist bei der Bildung des Kabinetts Luther den Weg der Zusammenarbeit mit der Rechten gegangen und mußte ihn gehen, nachdem die Rechten deren Reiben herbeiführt hatten, und nachdem die Deutsche Volkspartei sich einer Mitarbeit in der bisherigen Arbeitsgemeinschaft entzogen hatte. Ein Beharren in Verbindung mit der Finken hätte dem Zentrum die größten Gefahren gebracht. Die politische Haltung der Zentrumsfraktion war korrekt und entsprach den Traditionen der Zentrumsfraktion, die sich niemals nach einer bestimmten Parteirichtung festlegen ließen. Ich enthalte mich jeden Urteils über den Schritt des Herrn Dr. Wirth mit einer einzigen Einschränkung. Wenn er sich als Vertreter des sozialen und republikanischen Zentrums bezeichnen und damit einen Gegensatz zur Fraktion konstruieren will, so wäre dagegen Einspruch zu erheben. Wenn auch nicht alle Mitglieder der Fraktion so begeisterte Republikaner sind, wie Herr Dr. Wirth, so stehen sie doch alle auf dem Boden der republikanischen Staatsverfassung und verwerten nicht bloß jede gewalttätige Änderung, sondern anerkennen, daß die Republik die gegebene und zurzeit einzig mögliche Staatsform ist. Der soziale Geist lebt in der ganzen Fraktion bei allen Ständevertretern. Er hat sich gerade in den Gesetzgebungs werken dieses Sommers wieder bewiesen.“

Die „Germania“ bestätigt weiter eine vom Berliner „Vorwärts“ über den Austritt der Berliner Bindthorffbrüder aus der Zentrumsfraktion gebrachte Mitteilung. Wie das Blatt jedoch bemerkt, hat diese Erscheinung mit dem Vorgehen Dr. Wirths keinen unmittelbaren Zusammenhang, wenn auch in beiden Fällen letzten Endes dieselben Beweggründe maßgebend sind. Die „Germania“ ist jedoch selbst der Ansicht, daß, da die Vorgänge in der Zentrumsfraktion und die zahlreichen Auseinandersetzungen grundsätzlicher Art inzwischen eine so große Spannung erfahren, die Einberufung eines außerordentlichen Parteitagcs nicht mehr zu umgehen ist.

Politischer Gnadenlaß für Bayern. Die Correspondenz Hoffmann meldet: Das Reichsgesetz über Straffreiheit wurde am 20. August verkündet und bezieht sich auf politische Straftaten in beschränktem Umfang und findet nur auf Strafverfahren Anwendung, die bei Gerichten des Reiches bei der Reichsanwaltschaft anhängig sind. Für Bayern ist ein allgemeiner Gnadenlaß ähnlichen Umfangs in Aussicht gestellt.

Für die Einführung des Einfuhrschutzes. Der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kaldreuth, hat ein Schreiben an den Reichsminister gerichtet, in welchem er unter Hinweis auf die Abfahrts für die Ernterträge dieses Jahres sofortige Abhilfe durch Einführung des Einfuhrschutzes fordert. — Nach Mitteilung des Deutschen Landwirtschaftsrates haben die Spitzenorganisationen der Landwirtschaft eine Entschließung gefaßt und sie der Reichsregierung übermitteln, in der sie unerzügliche Inkraftsetzung des Einfuhrschutzes fordern.

Drohende Ausperrung in der sächsischen Textilindustrie. Die vom Reichsarbeitsministerium veranlaßten Einigungsverhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern der sächsischen Textilindustrie haben zu einer Verständigung nicht geführt. Die Arbeitgeber hielten an dem Spruch des sächsischen Schlichters fest, wonach die jetzigen Löhne bis zum 26. März 1926 gelten sollen, während die Arbeiter den 31. Dezember als Ablauf verlangen. Das Arbeitsministerium setzte darauf ein Zwangschiebsgericht ein, das den 15. März 1926 als Ablauftermin bestimmte. — Die Gewerkschaften haben jedoch diesen Spruch abgelehnt, sodaß der Aussperrungsbeschluß der Arbeitgeberorganisationen in Kraft treten dürfte. Von der Aussperrung würden rund 200 000 Arbeiter betroffen.

Kurze Nachrichten

Zusammentritt des Reichsrates. Der Reichsrat tritt Donnerstag nachmittag wieder zu einer Kollation zusammen. Auf der Tagesordnung stehen außer kleineren laufenden Angelegenheiten die Beschlußfassung über den Einspruch gegen den vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurf zur Änderung der Verordnung über die Fürsorgepflicht.

Preussischer Landtag. Die parlamentarischen Arbeiter im preussischen Landtag nehmen nach der Sommerpause am kommenden Montag wieder ihren Anfang mit einer Tagung des Hauptauschusses, der nachmittags um 2 Uhr zusammen tritt und dann laufend den Etat erledigen will.

Freilassung Webers. Nach einer Meldung der Berliner „Noten-Rabe“ aus Stuttgart ist der kommunistische Schriftsteller Weber, der in den Hungerstreik getreten war, aus der Haft entlassen worden.

Keine Räumung der Insel Helgoland. Die in einem Berliner Blatt als Gerücht verbreitete Meldung, in den drei beteiligten preussischen Ministerien, Innen-, Finanz- und Landwirtschaftsministerium, sei die Entscheidung gefallen, die Insel Helgoland wegen der Felsenküstengefahr räumen zu lassen und daß die geplante Reise des Innenministers Severing nach Helgoland damit in Zusammenhang stehe, ist, wie der Amtliche Preussische Pressedienst feststellt, tatsächlich nichts weiter als ein haltloses Gerücht.

43 000 Kilometer täglich Flugleistung. Nach der beträchtlichen Erweiterung des Streckennetzes des deutschen Luftverkehrs erreicht die Zahl der im öffentlichen Verkehr allein mit Junkers-Flugzeugen geflogenen Kilometer rund 26 000 täglich. Da für den Betrieb des Aero-loyd-Konzernes etwa die Zahl 17 000 Kilometer täglich anzusetzen ist, ergibt sich eine Gesamtflugleistung von 43 000 Kilometern. Die Bedeutung dieser Zahl erweist man an dem Vergleich, daß das gesamte Streckennetz der deutschen Reichsbahn heute auf 52 000 Kilometer berechnet ist.

Aber die englisch-französischen Schuldenverhandlungen wird in London ein Kommuniqué veröffentlicht, das besagt, daß England vor drei Wochen 16 Millionen Pfund forderte. Caillaux bot 10 Millionen Pfund. England schlägt nunmehr endgültig 12½ Millionen Pfund vor unter ausschließlicher Haftung Frankreichs für die Zahlung und unter der Bedingung, daß Frankreich seinen Schulden eine entsprechende Behandlung zuteil werden läßt. — Caillaux wird heute nach Paris zurückreisen.

Die Franzosen räumen den Dauran. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ aus Jerusalem haben die Franzosen das ganze Daurangebiet geräumt, um ihre Kräfte nahe bei Damaskus zu konzentrieren. Diese Vorrichtungsmassnahme ist offenbar darauf zurückzuführen, daß sie eine Ausbreitung des Aufstandes auf die syrischen Stämme befürchten. Die in Syrien eingetroffenen französischen Verstärkungen belaufen sich bisher auf 12 000 Mann.

Badischer Teil

Passerleichterungen

Die deutsche Öffentlichkeit beschäftigt sich neuerdings wieder lebhaft mit den bestehenden Passierwierigkeiten und geht dabei vielfach von der Auffassung aus, als ob die Widerstände gegen einen alsbaldigen Abbau des Sichtvermerkszwanges auf deutscher Seite zu suchen sind. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß die deutsche Regierung nach wie vor grundsätzlich geneigt ist, Passierleichterungen für die Einreise nach Deutschland den Angehörigen solcher Staaten zu gewähren, die ihrerseits zu entsprechenden Maßnahmen gegenüber Reichsangehörigen bereit sind. Die Reichsregierung hat sich nicht darauf beschränkt, ihre allgemeine Bereitwilligkeit zu derartigen Erleichterungen zu erklären, sie ist vielmehr bereits mit einer Reihe von Nachbarstaaten in Verbindung getreten, um eine Aufhebung des gegenseitigen Sichtvermerkszwanges oder wenigstens eine Herabsetzung der Sichtvermerksgebühren zu erreichen. Der Erfolg dieser Anregungen muß zunächst abgewartet werden. Die deutsche Regierung wird jedenfalls ihre Bemühungen, den Verkehr nach und nach wieder von den Passierstrafen zu befreien, mit allem Nachdruck fortsetzen.

Süddeutscher republikanischer Tag in Darmstadt

Am 19. und 20. September findet in Darmstadt ein großer republikanischer Tag statt. Als Festplatz ist der Orangiergarten ausersehen, in dem zurzeit die Gartenbau-Ausstellung stattfindet. Am Samstag abend findet bei großer Beleuchtung ein Begrüßungsabend statt. Am Sonntag vormittag um 11 Uhr halten ebenfalls im Orangiergarten bekannte republikanische Führer Ansprachen. Am 2. Uhr bewegt sich ein Festzug durch die Straßen der Stadt nach dem Orangiergarten. Am Sonntag abend wird ein Feuerwerk die ganze Veranstaltung beschließen.

Von den Lohnverhandlungen in der Uhrenindustrie

Die Donaueschinger, 27. Aug. Am kommenden Montag werden hier die Verhandlungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen über die Lohnregelung in der Uhrenindustrie stattfinden. Die an verschiedenen Orten des Schwarzwaldes seitens der Arbeitnehmerchaft stattgefundenen Kundgebungen sind durch ihre Regelung finden.

Zusammenstellung

der Meldungen der Bauaufsichtsbeamten über Bau- und Abgang von Wohngebäuden und Wohnungen im Land Baden für das 1. Halbjahr 1925.

Table with columns for 'A. Zugang' (Neugeschaffene Wohnungen) and 'B. Abgang' (Abgang von Wohngebäuden und Wohnungen). It includes sub-sections for '1. In den einzelnen Monaten' and '2. In den Gemeindegrößenklassen'.

Gemeinde-Rundschau

Bei der Bürgermeisterwahl in Schönbühl (Amt Bellingen) erhielten Matthias Besh 50, Wilhelm Döner 35 und Keller 18 Stimmen. Da kein Kandidat die absolute Mehrheit erhielt, ist ein nochmaliger Wahlgang notwendig.

Der Bürgerausschuss Baden-Baden hat, wie vor wenigen Tagen auch der Stadtrat, der Vorlage auf Erwerb von rund 1400 Quadratmeter des unbebauten Geländes des Ruffischen Hofes zum Kaufpreis von 60 M. pro Quadratmeter zugestimmt.

Errichtung eines Altersheim in Offenburg. Die Stadt Offenburg hat zwecks Errichtung eines Altersheim das dem Epibteur Gruber gehörige Wohnhaus zum Preise von 27 000 Mark erworben.

Der städtische Voranschlag von Schweningen für das Jahr 1925/26 sieht an Einnahmen 1 312 970 Mark, an Ausgaben 1 963 970 Mark vor, sodass ein Fehlbetrag von 651 000 Mark durch Umlage zu decken ist.

Gemeinnützige Rechtsauskunft. Die große Unkenntnis und Unsicherheit in Rechtsangelegenheiten, die man in der breiten Masse der Bevölkerung beobachten kann, hat schon vor mehr als zwei Jahrzehnten Anlaß gegeben, Auskunftstellen einzurichten.

Westernachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, 8 Uhr morgens. Der Hochdruckkern über Frankreich ist seit gestern verfrachtet und nach Osten vorgezogen. Es war deshalb bereits heute morgen in Baden größtenteils heiter.

ben, sie nehmen vertraulich und persönlich eine vermittelnde Stelle zwischen Ratssuchenden und zuständiger Behörde ein. Auf dem Lande gibt es auf dem Gebiete der Rechtsauskunft noch viel, fast noch alles zu tun. Gerade hier könnte eine gemeinnützige Rechtsauskunft viel Gutes stiften.

Deutschlands Gefrierfleischverbrauch. Vor dem Kriege war Deutschlands Gefrierfleischverbrauch sehr gering, während die englische Industriearbeiterbevölkerung schon damals hauptsächlich Gefrierfleisch konsumierte.

Frauenwohlfahrtspolizei. In Köln besteht seit dem 1. April 1924 eine besondere Frauenwohlfahrtspolizei, in deren Hände neben dem Schutz der Frauen, Mädchen und Kinder die Bekämpfung der Unsitte und der Geschlechtskrankheiten gelegt sind.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, 8 Uhr morgens. Der Hochdruckkern über Frankreich ist seit gestern verfrachtet und nach Osten vorgezogen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, 8 Uhr morgens. Der Hochdruckkern über Frankreich ist seit gestern verfrachtet und nach Osten vorgezogen.

Aus der Landeshauptstadt

„Karlsruher Herbsttage“ 1925.

Die „Karlsruher Herbsttage“ 1925, deren Hauptwoche vom 18. bis 20. September stattfindet, umfaßt auch in diesem Jahre ein reichhaltiges Programm. Am 12. September findet in der Festhalle als Auftakt und zugleich als Kundgebung für den Heimatgedanken, welcher der Träger der ganzen Idee ist, ein Heimatabend in der Festhalle statt.

An größeren kulturellen Veranstaltungen sind zu nennen: Die Hundertjahrfeier der Erbauung des Karlsruher Rathauses mit Einweihung des neuausgestatteten Rathauses; die Festwoche des badischen Landestheaters mit hervorragenden Aufführungen im Schauspiel und in der Oper unter Leitung des neuen Generalmusikdirektors Ferdinand Wagner.

Von den wirtschaftlichen Darbietungen sind besonders zu nennen: Die große Jahreshygieneausstellung, veranstaltet vom Reichsverband deutscher Dentisten in der Zeit vom 5. bis 13. September; die Reueiten-Paradeausstellung im Industriepark.

14 Minuten Karlsruhe-Stuttgart. Das Junkersflugzeug D 571, Flugzeugführer Kriff, der Bad. Luftverkehrsgesellschaft stellte am Mittwoch einen Geschwindigkeitsrekord auf der Strecke Karlsruhe-Stuttgart auf, welche es in der Zeit von 14 Minuten geflogen. Das entspricht einer Stundengeschwindigkeit von 257 Kilometern.

Zwei Streifenarbeiter getötet. Als gestern nachmittag kurz vor 2 Uhr die Streifenarbeiter Karl Bidel (berühmter aus Gebr. Reudert) und Wilhelm Siegel (ledig aus Weingarten) im hiesigen Rangierbahnhof mit dem Ausziehen von Stochschrauben an den Schienen beschäftigt waren, fuhr unbemerkt ein abgestoßener Güterwagen auf dem Gleise daher.

Schröter-Gedächtnisausstellung in Karlsruhe. Am 9. Dezember d. J. sind 50 Jahre vergangen, seit der zu seinen Lebzeiten viel genannte und beliebte Maler Adolph Schröter in Karlsruhe die Augen schloß. Die Bad. Kunsthalle beschäftigt das Andenken dieses in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt und Karlsruhe tätigen Künstlers in einer Gedächtnisausstellung zu ehren, die Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen und Graphik umfaßt.

Die Sirtinische Kapelle aus Rom kommt zu uns. Die Sänger der Römischen Basiliken, bestehend aus den Chören San Pietro Vaticano, San Giovanni Laterano, Santa Maria Maggiore und der Sirtinischen Kapelle unter Leitung ihres Maestro di Capella, Monsignore Raffaele C. Casimir, werden anlässlich der zweiten Konzertreise durch Deutschland auch bei uns ein Konzert veranstalten.

Wiener Operette im Stadt. Konzerthaus Morgen Freitag, 28. August, gelangt zur Feier des 100. Geburtstages des Komponisten Johann Strauß dessen Operette „Wiener Blut“ mit den Damen von Damaris, van Beer, Reiter und den Herren Gaap, Schiffer, Stabler, Bahle und Walenta zur Aufführung. Wiederholungen dieses Werkes Samstag und Sonntag abend.

Verschiedenes

Schweres Unwetter in Japan. W.P. Tokio, 27. Aug. (Tel.) Durch sehr heftige Regenschläge wurden gestern in Tokio 40 000 Häuser und Yokohama 1000 Häuser unter Wasser gesetzt. Mehrere Personen kamen in den Fluten um.

Kurze Nachrichten aus Baden

W. Heidelberg, 27. Aug. Zu der Meldung über **Gebrüder Gröbner** wird noch mitgeteilt, daß zwei Gedenksteine für die Söhne zur Seite des Grabmals errichtet, ihre Leichen jedoch nicht nach Heidelberg übergeführt werden sollen. Das Grabmal selbst soll, wenn der Bauarbeiterstreik nicht noch eine weitere Verzögerung mit sich bringt, Mitte September fertig werden, so daß es während des Sozialdemokratischen Parteitages enthielt werden kann.

Philippburg, 25. Aug. Bei einer dieser Tage stattgehabten **Untersuchung der 430 Schüler** der hiesigen **Volksschule** wurden 9 Kurzsichtige, 6 Schwerhörige, 4 Tuberkuloseverdächtige und 6 Kinder mit allgemeiner Körperchwäche festgestellt. Die Zahl der Kinder mit schlechten Zähnen ist von 283 im Jahre 1924 auf 97 zurückgegangen. Ebenso sind die Fälle der **Ber-anlagung zur Kropfbildung** von 63 auf 19 gesunken. Dieses Ergebnis muß als sehr günstig angesprochen werden.

Freiburg, 26. Aug. Am Montag nachmittags 6.30 Uhr landete zum ersten Mal das **Verkehrsflugzeug D 175**, welches den **regelmäßigen Streckendienst Frankfurt-Mannheim-Basel** versieht, auf dem hiesigen Flugplatz. Zur Begrüßung waren die beiden Vorstände der **Luftverkehrsgesellschaft Schwarzwald** G. m. b. H., **Bürgermeister Hölzel** und **Fabrikant Aug. Hohl**, sowie eine **stadträtliche Kommission** anwesend. **Bürgermeister Hölzel** gab seiner Freude und Genugtuung darüber Ausdruck, daß es nach langen Verhandlungen und nach Überwindung erheblicher Schwierigkeiten gelungen sei, **Freiburg** in den **Luftverkehr auf der Strecke Mannheim-Basel** mit einzubeziehen. Das Flugzeug, ein **Holler Hochdecker** mit sechs Sitzen, startete nach Erledigung der **Luftpolizeiförmigen Eintragungen** um 6.45 Uhr in Richtung Basel.

W. Freiburg, 26. August. In **Freudenstadt** starb **Gymnasialdirektor Geh. Hofrat Ludwig Bärm** im Alter von 78 Jahren. Der von seinen Kollegen und Schülern hochgeschätzte **Bädagog** wirkte außer in **Freudenstadt**, **Kastell** und **Offenburg** 21 Jahre am **Freiburger Bertholdsgymnasium**, wo er seine **Lehrstätigkeit 1871** als **Praktikant** begann und **1917** als **Direktor** beschloß. Außerdem hielt er **lange Jahre** **Vorlesungen** und **pädagogische Übungen** an der **Universität**.

W. St. Georgen, 27. Aug. Dem gestern zusammengetretenen **Gläubigerschreiberrat** in der **Geschäftsaufsicht** über die **bekannte Uhrenfabrik Philipp Haas & Söhne** wurde ein **Status** unterbreitet, nach welchem die **Aktiven** die **Passiven** weit übersteigen. Es liegt also **keine Überschuldung** vor. Nach den **Darlegungen** der **Geschäftsaufsichtspersonen** ist **begründete Hoffnung** vorhanden, daß durch **besondere betriebstechnische Veränderungen** die **Schwierigkeiten** in nächster Zeit **bekannt** werden können.

W. Engen, 27. Aug. In der **vergangenen Nacht** sind die beiden **Lagerhallen** der **Firmen Maschinenhandlung Geiß**, **Strombezugverband Engen**, und **H- und Feilhandlung Kelter** bis auf den **Grund niedergebrannt**. Aber die **Ursache** des **Brandes** konnte noch **nicht ermittelt** werden. Man **vermutet**, daß eine **Explosion** vorangegangen ist. Die **zahlreichen Maschinen** und **landwirtschaftlichen Geräte** wurden **ein Raub** der **Flammen**.

W. Bad Dürheim, 27. Aug. Zwei **Währungsgefechte** des hiesigen **Kurhauses**, ein **Währungs- und ein Ostergefecht**, wurden gestern **wegen Unterfalschung** in das **Amisgefängnis** **Billingen** eingeliefert. Die **Höhe** der **verurteilten Summe** steht noch **nicht fest**, man **spricht** von **mehreren tausend Mark**.

W. Groß-Sachsen (Amt Fullendorf), 25. Aug. Wie mitgeteilt wird, hat in der **Nähe** der **hiesigen Biegelei** eine **norddeutsche Firma** die **Suche** nach **Steinlofen, Erz** und **Kupfer** **aufgenommen**. Es sind **schon früher** am **hiesigen Orte** **derartige Mineralfunde** festgestellt worden und **auch die** **heutigen** **Versuche** sollen ein **günstiges Resultat** **herbeiführen**. Es ist **beabsichtigt**, **sofort** einen **größeren Voheturm** zu **errichten**.

W. Walsdorf (Amt Stodach), 26. August. Am **letzten Sonntag** veranstalteten **zirca 40 Jäger** eine **Treibjagd**, um den **Wildschweinen**, die **schon lange** in der **Gegend** von **Sigelingen** und im **Stodacher Forstgebiet** **großen Schaden** **angerichtet** haben, zu **Reibe** zu **rücken**. Wie nun die in **Walsdorf** **erscheinende „Freie Stimme“** berichtet, **sollen** bei **dieser** **Treibjagd** **30 Ketter** zur **Strecke** **gebracht** worden sein.

W. Radolfzell, 26. August. Nachdem **Gengenbach** kürzlich sein **1200jähriges Stadtjubiläum** **feierlich** **begangen** hat, wird nun im **nächsten Jahre** **auch** die **Stadt Radolfzell** das **1100-jährige Gründungsfest** der **Stadt** **feiern**. **Schon** **jetzt** werden die **Vorbereitungen** zu **diesem Jubelfest** in **Angriff** **genommen**. Zu der **kirchlichen Feier** hat **auch** der **Erzbischof Dr. Raci** **Frei** **sein Erscheinen** **zugelagt**, und **man** **will** **nach** **jahrhundertlanger** **Pause** **auch** **das Grab** **des Gründers** **der Stadt**, **Radolfzell**, **an** **diesen Tagen** **wieder** **öffnen**.

W. Konstanz, 26. August. Der **Mörder** von **Heiligenberg**, **Erich Mayer**, der **von** **Konstanzer Schwurgericht** **kürzlich** **zum Tode** **verurteilt** **wurde**, **ist** **gestern** **nach** **dem** **Richthaus** **in** **Verhaft** **überführt**. **Mayer** **wurde** **f. B.** **von** **Osterreich** **nur** **unter** **der** **Bedingung** **ausgeliefert**, **daß** **bei** **einer** **evtl.** **Verurteilung** **zum** **Tode** **die** **Todesstrafe** **an** **ihm** **nicht** **vollstreckt** **werde**.

Bücheranzeigen

Sammlung von Reichsgesetzen strafrechtlichen Inhalts. Textausgabe mit **Anmerkungen** und **Sachregister** von **Dr. Hermann Schmitt**, Staatsrat im **Staatsministerium der Justiz** in **München**. 3. **neubearbeitete Auflage**. **München** 1925. **G. V. Bedke** Verlagsgesellschaft. In **Leinen** gebunden **Mk. 6.-**. Als **Ergänzung** zu den **bekannteren**, im **Verlag** **Verlag** **erschienenen** **Sammlungen** von **Reichsgesetzen** **staats- und verwaltungsrechtlichen, handels- und privatrechtlichen Inhalts** **erschienen** **heute** **noch** **10** **jährigen** **Fehlen** in **3** **völlig** **neubearbeiteten**, den **neuesten** **Stand** der **Rechtsprechung** und **Gesetzgebung** **darstellenden** **Auflage** die **Sammlung** **strafrechtlicher** **Gesetze** **von** **Staatsrat** **Dr. Hermann Schmitt**. Die **Ausgabe** **ist** **bestimmt**, den **Bedürfnissen** **der** **Praxis** **und** **des** **juristischen** **Studiums** **zu** **dienen**. Die **Rechtsfolge** **der** **Gesetze** **ist** **die** **chronologische**. Die **Sammlung** **beginnt** **mit** **Gesetzen** **aus** **dem** **Jahre** **1869** **und** **endet** **mit** **solchen** **aus** **dem** **Jahre** **1924**.

Von den beiden **Auswertungsarbeiten** ist in der **bekannteren** **G. V. Bedke'schen** **Sammlung** **deutscher** **Reichsgesetze** **soeben** **eine** **Textausgabe** **erschienen**, die **sich** **wie** **alle** **Ausgaben** **dieser** **Sammlung** **durch** **überläufigen** **Wortlaut** **und** **gute** **Ausstattung** **bei** **billigem** **Preis** (**Mk. 1.-**) **auszeichnet**.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	27. August		26. August	
	Deutsches	Paris	Deutsches	Paris
Amsterdam 100 G.	169.02	169.44	169.09	169.51
Kopenhagen 100 Kr.	104.32	104.58	101.87	102.13
Stapel . . . 100 L.	15.725	15.729	15.65	15.69
London . . . 1 Pf.	20.264	20.426	20.378	20.430
New York . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	19.73	19.77	19.636	19.675
Schweden . . . 100 Kr.	81.30	81.50	81.26	81.46
Wien 100 Schilling	59.12	59.26	59.11	59.25
Prag . . . 100 Kr.	12.43	12.47	12.43	12.47

Karlsruher Börse. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Die Lage auf den ausländischen Getreidemärkten hat die innere Stimmung nicht beeinflussen können. Das reiche Angebot von Inlandsware scheint etwas preisdrückend gewirkt zu haben. Das Geschäft bewegt sich in engen Grenzen. Weizen handelsüblich 25,5-26,5, Roggen, neue Ernte, gesund, handelsüblich 20-21, Sommergerste, neue Ernte, 26-28, Hafer, ausländischer, 20-22, inländischer, neue Ernte, 18,5-20, Mais mit Sack, neue Ernte, 22-23,5, Weizenmehl, Mühlenforderung 40-40,5, Roggenmehl, Mühlenforderung 30-30,5, Weizenfuttermehl 15,5-16, Roggenfuttermehl 15,5-16, Weizenkleie 12-12,5, Roggenkleie 12,5 bis 12,5, Spezialfabrikate entspr. teurer. Bierreber 17,5-18, Malzkeime 15,5-16,5, Frühkartoffel 8-9. — **Kaufmittelmittel:** Rotes Weizenmehl, gut, gesund, trocken 6,5-7, Luzerne 9-9,5, Weizen-Roggenmehl, drahtgepreßt 4,5-5, alles per 100 Kilo, Mühlenfabrikate, Mais, Bierreber und Malzkeime mit, Getreide ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe bezw. Fertigfabrikate Parität Havristation. Wagonpreise. Kleines Quantitäten entsprechende Zuschläge. — **Weine und Spirituosen:** Die Börse verkehrt in ruhiger Haltung bei unverändertem Preis für Weine und Spirituosen. Es zeigt sich, daß der Mangel an wirklichen Edelweinen und die hierdurch verursachten hohen Preise für solche Angebote in höchst minderwertigen Erzeugnissen an den Markt bringen, die beim Kauf größte Vorsicht zur Pflicht machen. — **Kolonialwaren:** Kaffee, Kakao und Tee im Preise unverändert. Kaffeeurals 0,44, Graupen 0,42, gelbe gespaltene Erbsen 0,40, weiße Perlbohnen 0,43, neue Binsen, mittel 0,80, Salats 1,20, Schweinefett 2,15, Kristallzucker 0,76 M., alles per Kilo.

Dem Kraftfahrer und Automobilisten
das Nachschlagewerk,
Dem Bürger auf dem Balkon oder am Fenster
eine Unterhaltung,
dem Fußgänger und der **Polizei**
auf dem Land und in der Stadt
das Protokollbuch,
dem Händler ein vorzügliches **Werbemittel,**
ist das Adressbuch
der Kraftfahrzeugbesitzer
Badens,
denn sie alle können in ihm den **Besitzer** jedes **Kraftwagens** oder **Wagens** und seine **genaue** **Anschrift** **feststellen**. Der **Preis** **ist** **Mk. 6.-**. **Umfang** **über** **500** **Seiten**.
Verlag G. Braun, Karlsruhe
Karlsruherstraße 14.

Wiener Operette im städtischen Konzerthaus
Morgen **Freitag 28. August**, **abends 7 1/2 Uhr**
Die **melodische Operette** **des** **Walzerkönigs**
Wiener Blut
von **Johann Strauß**
Billetts von **M. 1.50-5.30** bei **Fr. Müller**, **Kaiserstr.**, **Zigarren-Brunnen**, **Kaiseralleen**, **Holzschuh**, **Werders-**
straße 43, und **an** der **Tageskasse**. **E. 548**
Samstag: Wiener Blut

sind **längstens** **bis** **zum** **Eröffnungstermin** **Dienstag**, **den** **1. September 1925**, **vor** **mittags** **11 1/2 Uhr**, **bei** **der** **Bahnbaupolizei** **Basel** **postfrei** **mit** **Aufschrift:** **Umbau** **Reichshöhe** **einzu-**
reichen. **Zuschlagsfrist** **14** **Tage**. **Basel**, **den** **20. August** **1925**. **Vorhand** **der** **Bahnbaupolizei** **Basel**.

Bereinsregister.
Gernsbach, 8.800
In das **Bereinsregister** wurde **eingetragen** der **Kleinrentner- u. Schenkvereins** **Gernsbach**, **in** **Gernsbach**, **Gernsbach**, **22. August** **1925**. **Amisgericht**.

Bilanz für 31. Dezember 1924.

Aktiva.		Passiva.	
1. Betriebswerte:		1. Eigene Betriebsmittel:	
Barenvorräte Zentrale . . .	44 915.08	Geschäftsguthaben I . . .	12 373.—
Barenvorräte Vert.-Stellen . . .	48 904.52	Geschäftsguthaben II . . .	1 384.40
Einrichtungen . . .	1.—	Reserve . . .	718.16
	93 820.60	2. Kaufende Verpflichtungen:	
2. Beteiligungen:		Bierzantenschulden . . .	67 073.39
Versorgungs-Genossenschaft		Bankschulden . . .	31 969.15
der Reichsverkehrsbedienst.		Geschäftsguthaben ausge-	
Karlsruhe . . .	600.—	schiedener Mitglieder . . .	472.—
Nadische Beamten-Genossen-		Noch zu zahlen: Umsatzsteuer	
schafts-Bank . . .	27.50	für Dezember 1924 . . .	651.70
	627.50	Lohnsteuer für Dezemb. 1924 . . .	122.45
3. Gehäldefonts:			
Lagerhaus Oberlauchringen . . .	1.—		
4. Verfügbare Werte:			
Kassenbestand Zentrale . . .	3 429.51		
Kassenbestand Vert.-Stellen . . .	7 030.33		
Postcheckguthaben . . .	761.08		
	11 220.97		
5. Forderungen:			
Ausländer Zentrale und			
Vert.-Stellen . . .	6 562.89		
Debitoren . . .	150.50		
	6 713.39		
6. Gewinn- und Verlustfont:			
Verlust . . .	2 380.79		
	114 784.25		114 784.25

Gewinn- und Verlust-Rechnung für 1924.

Soll.		Haben.	
Unkostenfont . . .	13 452.58	Barenzohgewinn . . .	71 404.09
Zinsfont . . .	10 699.07	Verlust . . .	2 380.79
Steuerfont . . .	3 603.98		
Vert.-Stellen-Unkostenfont . . .	13 244.84		
Gehälfont . . .	17 513.95		
Lohnfont . . .	6 739.86		
Aufwendungsfont . . .	2 150.—		
Soziales Versicherungsfont . . .	946.46		
Abgabe: Einrichtungen . . .	431.77		
	78 785.48		78 785.48

Abrechnung über den Stand des Anteilfont am 31. Dezember 1924.
Zahl der Genossen am 1. Januar 1924 18 867
Zugang (25 699-25 398) 199
19 067
Abgang durch **Aufkündigung** laut **Anlage 1** 392
" " **Tod** laut **Anlage 2** 6
" " **Ausschluss** laut **Anlage 3** 1
" " **Übertragung** laut **Anlage 4** 1
Zahl der Genossen am 31. Dezember 1924 18 667
Die **eingezahlten** **Geschäftsguthaben** **dieser** **18 667** **Mitglieder** **betragen** **am** **31. Dezember** **1924** **Mk. 12 373.—**.
Das **Geschäftsguthaben**, **welches** **jedes** **Mitglied** **satzungsgemäß** **einzu zahlen** **hat**, **beträgt** **Mk. 15.—**,
das **sind** **Mk. 280 005.—**.
Die **Gastsummen** **sämtlicher** **Mitglieder** **betragen:**
18 667 x Mk. 15.— = Mk. 280 005.—
Hierzu **Geschäftsguthaben** Mk. 280 005.—
= **Mk. 560 010.—**

Einkaufsgenossenschaft der Beamten und Staatsarbeiter in Baden e. G. m. b. H. Sitz Karlsruhe
Der Vorstand:
Schäfer. Kästner. Gemann.
Vorstehende Bilanz ist **geprüft** **und** **mit** **der** **Inventory** **und** **den** **Geschäftsbüchern** **übereinstimmend** **und** **richtig** **befunden** **worden**.
Karlsruhe, **den** **8. April** **1925**.
Der **Aufsichtsrat:**
J. A. Gengel, **1. Vorsitzender**.